



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Erweiterung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bis spätestens Ende Mai 2016 schriftlich und mündlich zu berichten, ob und in welchem Umfang beabsichtigt wird, sich finanziell an der von der Stadt Nürnberg geplanten Erweiterung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände zu beteiligen.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie bewertet die Staatsregierung angesichts der steigenden Besucherzahlen grundsätzlich die Notwendigkeit einer Erweiterung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände?
2. Inwiefern steht die Staatsregierung bereits in Verhandlungen bzw. Gesprächen mit der Stadt Nürnberg über eine finanzielle Beteiligung an der geplanten Erweiterung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände?
3. Welche konkreten Zusagen über eine finanzielle Beteiligung des Freistaats wurden von Seiten der Staatsregierung gegenüber der Stadt Nürnberg bereits gegeben?
4. In welcher Form soll der Landtag und insbesondere der fachlich zuständige Ausschuss für Wissenschaft und Kunst in die Entscheidung einbezogen werden?

Begründung:

Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände besteht mittlerweile seit 15 Jahren. Seitdem haben die Besucherzahlen schrittweise zugenommen. Im vergangenen Jahr waren sie mit knapp 250.000 Besucherinnen und Besuchern mehr als doppelt so hoch wie ursprünglich geschätzt. Eine räumliche Erweiterung der Einrichtung ist daher – nach Einschätzung des Dokumentationszentrums und der Stadt Nürnberg – unabdingbar geworden. Neben der Erweiterung und der damit verbundenen Gewährleistung der Barrierefreiheit ist zudem eine Überarbeitung der Dauerausstellung vorgesehen, die derzeit inhaltlich, technisch, methodisch und didaktisch noch auf dem Stand der Jahrtausendwende ist. Für das gesamte Projekt veranschlagt die Stadt Nürnberg nach einer ersten Schätzung eine Summe von 15 Mio. Euro. Diese soll durch Eigenmittel (ca. 4,5 Mio.) und Fördermittel des Bundes aus dem „Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in Nationale Projekte des Städtebaus“ (ca. 7 Mio. Euro) größtenteils abgedeckt werden. Laut Entscheidungsvorlage der Stadt Nürnberg ist die Stadt „in Gespräche auf Arbeitsebene eingestiegen, um den offenen Finanzierungsanteil über die Fördermöglichkeiten des Freistaates Bayern abzudecken.“ Über diese Gespräche und die Absichten der Staatsregierung ist der Landtag zu informieren. Zudem gilt es den fachlich zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst frühzeitig in die Diskussion und Entscheidung über eine mögliche finanzielle Beteiligung des Freistaates einzubeziehen.